Freitag, 7. November 2014 | Nr. 45 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KANTONALE ABSTIMMUNGSVORLAGE VOM 30. NOVEMBER

NEIN zum teuren und unnötigen Hardbrücke-Tram!

Am 30. November 2014 stimmt der Kanton Zürich über die Tramverbindung Hardbrücke ab. Es geht um 130 Millionen Franken für 700 Meter Tram! Die SVP setzt sich für einen starken öffentlichen Verkehr ein. Dabei müssen jedoch Kosten und Nutzen in Einklang stehen. Überrissene Projekte und die Instrumentalisierung des ÖV für andere Interessen sind abzulehnen.

Roland Scheck
Kantonsrat SVP
Zürich

Mit der Tramverbindung Hardbrücke wird die heutige Tramlinie 8 verlängert. Ab Ende 2017 soll sie von der heutigen Endhaltestelle Hardplatz aus über die Hardbrücke zum Escher-Wyss-Platz und weiter bis zum Werdhölzli geführt werden. Damit das Tram bewilligungsfähig ist, müssen auch Ausbauten am Bahnhof Hardbrücke vorgenommen werden.

Der Kanton Zürich soll sich mit einem Kreditanteil von 76,4 Millionen Franken am insgesamt 129,6 Millionen Franken teuren Projekt beteiligen. Nachdem die anderen Parteien den Staatsbeitrag im Kantonsrat kritiklos absegneten, hat die SVP-Fraktion das Behördenreferendum ergriffen. Dadurch erhält die Bevölkerung des Kantons Zürich eine Mitsprachemöglichkeit, was auch dringend nötig ist, denn mit dem Hardbrücke-Tram droht ein finanzielles und verkehrsplanerisches Fiasko.

Kampfansage an die Kantonsbewohner

Die Hardbrücke bildet zusammen mit der Rosengartenstrasse die Nord-West-Achse der Stadt Zürich. Sie ist die wichtigste und meistbefahrene Ein- und Ausfallsachse, nicht nur von Zürich, sondern der ganzen Schweiz, und hat für den ganzen Kanton eine zentrale volkswirtschaftliche Bedeutung. Der Nutzen wird in der rot-grünen Stadt Zürich aber gerne negiert. Im Kampf gegen den Autoverkehr ist die Nord-West-Achse den Politikern schon lange ein Dorn im Auge. Stadtrat und Gemeinderat unternehmen alles, um sie zu schwächen. Dazu werden immer wieder neue Verkehrsbehinderungsmassnahmen erfunden. In bester Erinnerung ist das an der Urne verworfene Rosengartentram, aber auch weitere Ideen zur Kapazitätsreduktion, wie ein Veloweg über die Hardbrücke, neue Fussgängerquerungen, zusätzliche Lichtsignalanlagen, separate Busspuren, Busbevorzugungsanlangen und Spurabbauten.

Mit der Tramverbindung Hardbrücke nimmt die Stadt Zürich nun einen weiteren Anlauf, um die Leistungsfähigkeit der Nord-West-Achse zu reduzieren. Die Linienführung des Trams ist so konzipiert, dass es auf der Hardbrücke zwei Fahrbahnquerungen mit insgesamt sechs Fahrstreifenquerungen vollzieht. Mit diesen Manövern wird der Autoverkehr – nach Taktfahrplan sozusagen – immer wieder unterbrochen. Bei einem 7½-Minuten-Takt und einem Zweirichtungsbetrieb des Trams ist einfach auszurechnen, dass laufend ein Fahrstreifen auf der Hardbrücke für eine bestimmte Zeitdauer gänzlich angehalten wird. In Anbetracht der Verkehrsbelastung führt dies zum Chaos. Schon heute reicht ein unerwartetes Fahrmanöver eines einzelnen Autos zur Staubildung. Mit dem Hardbrücke-Tram wird die Einfalls-achse buchstäblich lahmgelegt. Leidtragende sind die Menschen aus dem Kantonsgebiet – Pendler und Gewerbetreibende –, die in der Stadt Zürich zur Arbeit müssen.

Verkehrsplanerischer Unsinn

Selbstverständlich gibt aus Politik und Verwaltung niemand öffentlich zu, dass das Tram Hardbrücke in Tat und Wahrheit eine Verkehrsbehinderungsmassnahme ist. Die Befürworter begründen das Projekt mit verkehrsplanerischen Argumenten. Sie führen an, dass das Tram eine in Zukunft steigende Verkehrsnachfrage abdecke und dass die Tramlinie 8 als Tangentiallinie den Hauptbahnhof entlasten würde. Diese Argumente klingen zwar gut, halten aber einer näheren Betrachtung nicht stand.

Die Hardbrücke ist heute schon bestens durch den ÖV erschlossen. Mit den drei Buslinien 33, 71 und 72 – deren Kapazität bei Bedarf ausbaubar ist – kann die Verkehrsnachfrage abgedeckt werden. Wo schon drei Buslinien verkehren, braucht es nicht noch zusätzlich ein Tram. Desweitern verfügt das Werdhölzli heute schon über einen Tramanschluss. Mit der Tramlinie 17 hat die Quartierbevölkerung sogar eine Direktverbindung in die Innenstadt. Käme nun das Tram Hardbrücke hinzu, ist davon auszugehen, dass die Tramlinie 17 das Quartier aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht mehr bedienen wird. Die betroffene Quartierbevölkerung fürchtet deshalb zu Recht, dass ihre Direktverbindung durch eine wenig nutzenbringende Tangentialverbindung ersetzt wird.

Unfälle vorprogrammiert

Die ganz grosse Illusion ist aber die angebliche Entlastung des Hauptbahnhofs. Kein Mensch mit dem Ziel Innenstadt wird freiwillig am witterungsungeschützten Bahnhof Hardbrücke aussteigen, steile Treppen hochsteigen, auf der unwirtlichen Hardbrücke auf ein Tram warten und mit diesem eine Viertelstunde durch die Stadt fahren, wenn er stattdessen ganz bequem in der S-Bahn sitzen bleiben kann und vier Minuten später schon am Hauptbahnhof ist.

An den Befürwortern des Hardbrücke-Trams scheinen auch die Erfahrungen mit der Glattalbahn spurlos vorbeizugehen. Die Glattalbahn verzeichnet seit Betriebsbeginn 45 Unfälle. Grund dafür ist die an neuralgischen Stellen fehlende Entflechtung zwischen Schiene und Strasse. Insbesondere die Querungen in der Ringstrasse in Dübendorf sind zu einem eigentlichen Unfallschwerpunkt geworden. Und genau dieser Fehler wird nun mit dem Hardbrücke-Tram wiederholt. Die Ausfahrt Hardplatz auf die Rampe wird durch die Querung des gesamten Brückenquerschnitts zu einem veritablen Sicherheitsrisiko. Zahlreiche Unfälle und Personenschäden sind absehbar.

Steuergeld für mehr Stau

Die SVP setzt sich für ein leistungsfähiges Verkehrssystem ein. Dazu braucht es ein Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsmittel. Der Strassenverkehr, der öffentliche Verkehr sowie der Fuss- und Veloverkehr sind so auszubauen, dass die steigende Verkehrsnachfrage bewältigt werden kann. Dies ist die Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

Die Weiterentwicklung des öffentlichen und individuellen Verkehrs hat jedoch wirtschaftlichen Kriterien zu gehorchen. Für jede Investition muss ein entsprechender Gegenwert entstehen, welcher das Verkehrssystem in seiner Gesamtheit verbessert. Mit der Tramverbindung Hardbrücke ist aber genau das Gegenteil der Fall, da nicht eine Angebotsverbesserung des öffentlichen Verkehrs im Vordergrund steht, sondern dessen Instrumentalisierung. Die Stadt Zürich plant, sich mit Hilfe dieses Trams verkehrlich gegen das Kantonsgebiet abzuschotten. Geradezu unerträglich ist aber, dass die Politik sich diese Verkehrsbehinderungsmassname 130 Millionen Franken kosten lässt. 130 Millionen Franken soll der Steuerzahler aufbringen, damit er selbst schlussendlich länger im Stau steht.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich haben es am 30. November 2014 in der Hand, dieses schädliche Vorhaben zu stoppen. Mit einem NEIN zur Tramverbindung Hardbrücke kann dem verkehrlichen Abschottungsversuch der Stadt Zürich gegen das Kantonsgebiet eine Absage erteilt und gleichzeitig viel Geld eingespart werden.

www.nein-zum-tram-hardbruecke.ch

Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2014

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN	
1. Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»	NEIN
2. Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (ECOPOP)	NEIN
3. Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»	NEIN
KANTONALE VORLAGEN	
1. Staatsbeitrag an den Bau der Tramverbindung Hard-brücke in Zürich-West (130 Mio. Franken)	NEIN
2. A. Kantonale Volksinitiative: «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Lehrpersonalgesetz (LPG)	NEIN
Stichfrage	VORLAGE B
3. Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig»	NEIN

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten
Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri Weymouthsföhren, Weisstannen
Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen
Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle
Fordern Sie unsere Preisliste an!
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
jk
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

GOAL GLOSSAR
radikal
radikal
<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung), konsequent; gründlich
Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug…
Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch
GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

JA zum Erholungsgebiet mit Golfpark
Stimmen Sie ab! 30. Nov.

Ja zum Erholungsgebiet Beichlen, damit ein zusätzliches Freizeitangebot für alle entstehen kann.
Martin Arnold
Kantonsrat SVP (Oberrieden)
JA zum Golfpark
Überparteiliches Komitee «Ja zum Golfpark»
www.ja-zum-golfpark.ch

Christoph Mörgeli

Gemeinnütziger Eigennutz

Bei seinen gepflegten Reden zur Gemeinnützigkeit pflegt Jean-Daniel Gerber nur gerade seine Funktion als Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft zu betonen. Das ist jener Verein, der mittels Wettbewerb eine neue Nationalhymne sucht, in der das Wort «Gemeinnutz» in jeder Strophe dreimal vorkommen wird. In Brugg referierte Gerber unlängst über das Thema «Die eigennützige und die gemeinnützige Schweiz». Dabei kritisierte er gemäss Aargauer Zeitung «die Millionensaläre von Spitzenmanagern» als «unangemessen und ungehörig».

Was der oberste helvetische Gemeinnützige Jean-Daniel Gerber bei seiner Schelte der Eigennützigen für sich behält, ist das Faktum, dass er im Verwaltungsrat der Credit Suisse und der Lonza Group sitzt. Zusammen mit seinen Bundespensionsbezügen verdient der Wohltäter Gerber locker das von ihm kritisierte Millionensalär. Ob ein Ex-Staatssekretär und üppig berenteter Spitzenbeamter der höchsten Lohnklasse nach der Pensionierung zusätzlich bei Privatfirmen abkassieren darf, ist Geschmackssache. Ob jetzt mit diesem Bankenverwaltungsrat gewissermassen die CS unsere neue Nationalhymne bestimmt, ist Ansichtssache. Ob Gerber das Verhalten anderer Grossverdiener als «unangemessen und ungehörig» abkanzeln soll, ist Charaktersache. Dass Gerber bei der Gemeinnützigen Gesellschaft als einziges Komiteemitglied 12 000 Franken plus Reisespesen einsackt, ist Tatsache.

Auch im Wohnungswesen ist das Wort «Gemeinnutz» allgegenwärtig. «Gemeinnützigen Investoren gewährt der Bund Darlehen – neu auch für Landkauf.» So frohlockte der Tages-Anzeiger über einen staatlichen Fördertopf von 450 Millionen Franken. Gemeinnützig nennen sich neuerdings jene Investoren, die Steuergeld einstecken. Früher galten noch jene als gemeinnützig, die etwas gaben. Heute handeln jene gemeinnützig, die etwas nehmen.

Dabei gibt's nichts weniger Gemeinnütziges als den «sozialen» Wohnungsbau. Entgegen den Regeln der Marktwirtschaft erhalten ein paar Bevorzugte Verbilligungen für Kauf und Miete von Wohnraum, worauf ausgerechnet wegen dieser Marktverzerrung für alle andern die Preise für Landerwerb, Bauen, Wohnen und Mieten ansteigen. Öffentlich finanzierte Wohnprivilegien für ausgewählte rote Bonzen und linke CVP-Nationalrätinnen sind nicht gemeinnützig. Sondern gemein eigennützig.

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

Nein zur Goldinitiative

Die Nationalbank braucht Unabhängigkeit, um ihre Ziele, die Herstellung von Preisstabilität und von Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaft, zu erreichen. Unverkäufliche Goldvorräte, wie von den Initianten gefordert, brächten der Schweiz im Krisenfall kaum zusätzlichen Nutzen.

Roger Liebi
Gemeinderat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Was will die Initiative?

1. Das Gold der Schweizerischen Nationalbank (SNB) muss in der Schweiz gelagert werden
2. Der Goldbestand der SNB muss immer mindestens 20 Prozent der Aktiven betragen
3. Einmal von der SNB gekauftes Gold darf nicht mehr verkauft werden

Rolle der Schweizerischen Nationalbank
Bundesverfassung, Art. 99
Die SNB führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Die SNB bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten

Gegen das Kernanliegen der Initianten der Goldinitiative, nämlich dass das Gold der SNB in der Schweiz gelagert werden muss, ist überhaupt nichts einzuwenden, eigentlich wäre es eine Selbstverständlichkeit. Der Erfolg der Initiative ist der, dass die SNB damit ziemlich unter Handlungsdruck stand.

Festschreibung bringt Spekulation

Immerhin gab sie dieses Jahr erstmals bekannt, wo die Goldbestände gehalten werden. Und siehe da, rund 70 Prozent sind nun in der Schweiz. Das ist sicher noch nicht so, wie es sein sollte, aber immerhin geht der Weg eindeutig in die richtige Richtung.

Die Forderungen nach einem Mindestanteil von 20 Prozent Gold an den Aktiven und dem Verbot des Verkaufs einmal erworbener Goldbestände als neuem Artikel 99a der Bundesverfassung allerdings widersprechen elementar dem im gleichen Verfassungsartikel stipulierten Gebot der Unabhängigkeit der SNB und ihrer Aufgabe der Steuerung der Geld- und Währungspolitik.

Eine Festschreibung des immerwährenden Mindest-Goldanteils bringt nicht mehr Sicherheit – ganz im Gegenteil wird das Ganze damit zur eigentlichen Spekulation und bringt dem Schweizer Franken anstelle Sicherheit hohe Schwankungsrisiken, umso mehr als alle Devisen- und Goldhändler dieser Welt um die Bedürfnisse der Schweizer SNB wissen und die Preise entsprechend gestalten können. Und es führt auch nicht zwangsläufig zu kleineren Devisenbeständen. Denn wenn der Goldpreis stark steigt, können die Aktiven entsprechend bis Faktor 5 ausgeweitet werden.

Unverkäuflichkeit, ein Manko

Hohe Goldbestände führen nicht wirklich zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Das zeigen uns die Erfahrungen aus den Jahren 1918 – 1936 und aus den 70er und 80er Jahren deutlich. Man könnte noch viele andere Beispiele nennen.

Nicht zuletzt deshalb wurde im Jahre 2000 die neue SNB Politik eingeläutet, die zum Ziel hat, die Inflation nicht über 2 Prozent ansteigen zu lassen. Bisher eigentlich mit nicht so schlechtem Erfolg.

Der zweite negative Aspekt ist die Unverkäuflichkeit des Goldes. Etwas, was man nicht verkaufen darf, kann letztlich nicht als Sicherheit dienen.

Und zu guter Letzt gibt es einen weiteren und bedeutsamen handfesten Grund, am Stabilisierung- und Sicherheitsfaktor eines festgeschriebenen Goldanteils an den Devisenreserven zu zweifeln:

Portugal 84 Prozent, Griechenland 79 Prozent, USA 75 Prozent, Deutschland, Italien, Frankreich, Venezuela, Zypern, Bulgarien, Spanien etc. Sie alle wissen, was mit diesen Staaten geschehen ist und wie politisch instabil diese Länder heute sind. Ich halte es mit der aktuellen Bundesverfassung, die einen angemessenen Goldanteil verlangt. Politiker sollten sich nicht anmassen, die einzig richtigen geld- und währungspolitischen Massnahmen in Krisenszenarien zu kennen.

WELTFREMDES URTEIL DER STRASSBURGER RICHTER

Fremde Richter stürzen internationale Verträge

Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) vom Dienstag wird das Dublin-Abkommen vollends zur Makulatur. Die Strassburger Richter verbieten der Schweiz faktisch die Rückführung einer afghanischen Familie nach Italien, obwohl Italien gemäss Schengen/Dublin für die Behandlung der Asylgesuche zuständig ist. Weltfremde ausländische Richter bestimmen zunehmend die Asyl- und Ausländerpolitik der Schweiz. Damit zeigen sich die fatalen Folgen der immer dichteren Verstrickung der Schweiz in internationale Abkommen. Die Schweiz muss ihre Selbstbestimmung dringend wieder zurückerlangen – auch bei der Zuwanderung und im Asylwesen.

SVP. Die Aufgabe der eigenständigen Grenzkontrolle und Zuwanderung sowie die Unterwerfung unter die weltfremde Rechtsprechung des EGMR fügen den Interessen der Schweiz massiven Schaden zu. Fremde Richter haben auf der Basis eines internationalen Abkommens die Einhaltung eines anderen internationalen Abkommens untersagt.

Dieser Vorgang zeigt die Absurdität, in die sich die Schweiz manövriert hat.

Die SVP sieht mit diesem Urteil ihre seit Jahren geäusserten Befürchtungen bestätigt. Sollte dieses Urteil die Rückführung von Asylbewerbern nach Italien generell erschweren oder gar verunmöglichen, muss die Schweiz unverzüglich wieder Grenzkontrollen zu Italien einführen und Rückführungen direkt in die Herkunftsländer anordnen. Zudem ist die Attraktivität der Schweiz als Asylland deutlich zu senken. Bundesrätin Sommaruga steht nach dem offensichtlichen Scheitern ihrer Asylpolitik in der Pflicht.

Schweizer Recht vor fremden Richter

Ebenso dringend ist die Lancierung der Volksinitiative «Schweizer Recht geht fremdem Recht vor». Es kann nicht sein, dass fremde Richter sich auf der Basis einer sich dynamisch entwickelnden Praxis über legitime Schweizer Interessen hinwegsetzen, welche rechtlich abgesichert sind. Die Richter in Strassburg haben im Übrigen ihrerseits auf der Basis eines Staatsvertrages andere Staatsverträge ausgehebelt und damit einen unmöglichen Konflikt erzeugt.

Der Richterspruch aus Strassburg und die Untauglichkeit von Schengen/Dublin – einem Abkommen mit dynamischer Rechtsübernahme durch die Schweiz – sind zudem der beste Beleg dafür, dass die Schweiz niemals ein institutionelles Abkommen mit der EU abschliessen darf.

Private Unterbringung von Flüchtlingen?

In letzter Zeit wird vermehrt diskutiert, ob anerkannte Flüchtlinge, also Leute mit einem definitiven positiven Asylentscheid, auch privat untergebracht werden sollen, was auf den ersten Blick verlockend tönt. Meines Erachtens kommt das jedoch nicht in Frage, denn die negativen Folgen wären gravierend: zusätzliche Kosten, unterschiedliche Bedingungen sowie noch mehr Anreize, Asyl in der Schweiz zu begehren.

Hans Fehr
Nationalrat SVP
Eglisau

Erstens: Neben der staatlichen Asylindustrie, die Milliarden kostet, würde eine zusätzliche teure «private Asylindustrie» entstehen. Kaum jemand würde die Flüchtlinge gratis aufnehmen.

Sogar die gut betuchte Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) lässt sich die Unterbringung einer Asylantenfamilie auf ihrem Betrieb «angemessen» bezahlen. Dasselbe würden auch andere Private tun, denn der Staat müsste ja möglichst einheitliche Regeln und Bedingungen verlangen – und das kann er nur, wenn er bezahlt.

Zweitens: Trotz aller Bemühungen wären die Bedingungen für Unterbringung, Verpflegung, Hilfsarbeiten, Freizeit, Sanktionen bei Regelverletzung etc. uneinheitlich und liessen sich kaum durchsetzen. Es käme zu einem «Wettbewerb um bessere Bedingungen» mit der Konsequenz, dass es drei Gruppen von Flüchtlingen gäbe: privilegierte und weniger privilegierte bei Privaten sowie jene in staatlicher Obhut.

Drittens: Die Hoffnung auf bessere Lebens-Perspektiven und auf Privilegierung würde zu einem zusätzlichen Run von Asylbewerbern auf die Schweiz führen; das bereits herrschende Chaos würde noch vergrössert.

Fazit: Der Asylbereich muss eine staatliche Aufgabe bleiben. Nur so lässt sich das Asylgesetz konsequent und für alle gleich durchsetzen – sofern der politische Wille in «Bundesbern» vorhanden ist. Weil dies aber offensichtlich nicht der Fall ist, arbeitet die SVP derzeit an einer Volksinitiative, welche die Schweiz für die rund 90 Prozent Scheinflüchtlinge unattraktiv macht.

ZUR ABSTIMMUNG ÜBER DIE PAUSCHALBESTEUERUNG

Blind vor Neid

Für ausländische Personen, welche in der Schweiz leben, aber kein Einkommen hier generieren, wurde die international anerkannte Besteuerung nach Aufwand oder «Pauschalbesteuerung» eingeführt.

Pascal Theiler
Präsident Junge SVP
Kanton Zürich
Schöfflisdorf

Derzeit leben in der Schweiz rund 5500 Personen, welche von dieser Steuererhebungsmethode erfasst werden und dabei rund 700 Mio. Fr. dem Fiskus abliefern. Statt auf dem Einkommen und Vermögen wird die Steuer aufgrund der Wohnungsausgaben berechnet. Die Besteuerung nach Aufwand dient indes nicht ausschliesslich der Anlockung gut situierter Ausländer: Davon ausgehend, dass ein beträchtlicher Teil der Vermögensbestandteile dieser Einwohner im Ausland liegt, wären die Schweizer Steuerbehörden oft nicht in der Lage, eine sachgemässe Veranlagung durchzuführen. Daher ist die Pauschalbesteuerung auch aus administrativen und praktischen Gründen angebracht.

Höhere Steuern für alle

Eine landesweite Abschaffung würde wohl einen grossen Teil dazu bewegen, die Schweiz zu verlassen – samt den Abgaben an den Fiskus. Während wir hier eine massenweise Migration direkt in den Sozialstaat dulden, verscheuchen wir diese äusserst rentablen Ausländer, und es müssten alle anderen Steuerzahlenden auf die eine oder andere Art für die Ausfälle aufkommen. Denn pauschalbesteuerte Personen sind äusserst mobil, und die Länder, welche in modifizierter Form die Pauschalbesteuerung kennen, sind zahlreich.

Die Kantone sind in der Schweiz souverän und sollen es mit dem bewährten Steuersystem weiterhin bleiben. Zürich stand es frei, die Pauschalbesteuerung abzuschaffen. Innerhalb von zwei Jahren verliess beinahe die Hälfte der rund 100 Betroffenen den Kanton. Für die Ausfälle müssen jetzt alle Steuerzahler aufkommen. Hüten wir uns davor, anderen Kantonen das Besteuerungssystem aufzuzwingen. Zwei Beispiele für erwartete Steuerausfälle: Waadt: minus 154 Mio., entspricht dem Budget öffentlicher Verkehr; Wallis: minus 62 Mio., das ist das Budget Personalaufwand der Kantonspolizei.

Die zunehmende Tendenz, Reichtum nur als etwas Negatives oder sogar Unanständiges anzusehen, ist kurzsichtig und ein Verlustgeschäft für alle. Die Linke will dem angeblichen «Privileg» ein Ende bereiten und meint damit nicht den grossen Teil der Bevölkerung, der keine Steuern zahlt, sondern die «Reichen», von denen sie glaubt, sie würden zu wenig zahlen. Ich stimme daher Nein.

AUS DEM KANTONSRAT

Machtspiele im Kantonsrat

Der Kantonsrat hatte diverse wichtige Themen aus der Baudirektion zu erledigen, unter anderem verlangt der Rat gegen den Antrag von Regierung und Kommission einen Ergänzungsbericht zu Enteignungen im Gewässerraum. Aus machtpolitischen Gründen strich der Rat auf Antrag des grünen KBIK-Präsidenten und der Regierung die Immobilienstrategie von der Traktandenliste. Das Zusammenspiel von grünem Kommissionspräsidenten und roter Bildungsdirektorin klappte bestens.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Zu Beginn der Sitzung vom 3. November beantragt die Ratspräsidentin im Namen der Geschäftsleitung Traktandum 8, die PI betreffend Reorganisation des kantonalen Immobilienmanagements, auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

KPB-Präsident **Pierre Dalcher** (SVP, Schlieren) stellte den Gegenantrag: Für die KPB sei es sehr befremdlich, dass die KBIK, und vor allem deren Präsident, zusammen mit der (SP)-Bildungsdirektorin darauf dränge, dieses wichtige Geschäft zu verschieben. «Der Rat kann den Grundsatzentscheid jetzt fällen.» Fraktionschef **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) sprach sich namens der SVP ebenfalls gegen die Verschiebung aus. In der Politik spiele die Macht immer eine Rolle und hier gehe es nur um Macht. «Es ist schon klar: Die Vorlage 5123 soll auf Februar 2015 verschoben werden, damit das Unigesetz, welche das Gegenteil wolle, vor der Parlamentarischen Initiative behandelt werden kann. Die Regierung wurde mehr als ausreichend angehört. Das Vorgehen der Mehrheit der Regierung und des KBIK- Präsidenten ist nicht zu akzeptieren. Die Regierung soll sich nicht in Kantonsratsgeschäfte einmischen!» Der kurzfristige Antrag der Geschäftsleitung auf Absetzung des Geschäftes darf nicht zu einem Präjudiz werden für weitere Sitzungen. Trotzdem stimmte der Rat mit 95 zu 60 Stimmen für die Absetzung.

Pierre Dalcher beantragte nun, konsequenterweise das Traktandum 9, Unbefriedigendes Immobilienmanagement beim Kt. Zürich; «Mietermodell statt Eigentümermodell», ebenfalls von der Liste zu streichen. Der Rat stimmte diesem Ansinnen zu.

Linker Rundumschlag gegen Landwirtschaft

3600 km Gewässer sollen gemäss ALN renaturiert werden, die entsprechende Fläche von 400 ha soll lediglich extensiviert werden. Uneinigkeit herrscht zwischen BD und ZBV betreffend Enteignungen. Die Baudirektion findet, dass FFF (Fruchtfolgeflächen), die in den Bereich der Gewässerräume fallen, kompensiert werden. Der Zürcher Bauernverband (ZBV) will zusammen mit der SVP einen Ergänzungsbericht und Fragen zur materiellen Enteignung und zu Entschädigungszahlungen klar beantwortet haben. **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) und ZKB-Präsident **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) sowie weitere Vertreter aus der Landwirtschaft machten sich stark für den Zusatzbericht.

Die Linken sehen keinen Bedarf für den Ergänzungsbericht, da alle Fragen bereits beantwortet seien. Einmal mehr holten sie aus zu einem Rundumschlag gegen die produzierende Landwirtschaft, welche den vielen Menschen den Erholungs- und Lebensraum zerstöre. Sie sangen das hohe Lied des Naturschutzes und der Neidgesellschaft auf Landbesitzer. Der Rat sprach sich mit 89 zu 79 Stimmen für den Zusatzbericht aus.

Wege zum Energiesparen

Ein Postulat wollte den Regierungsrat beauftragen, die Netzbetreiber mittels Leistungsauftrag zu wettbewerblichen Ausschreibung von Stromeffizienzmassnahmen zu verpflichten, um damit den Kantonalen Stromverbrauch um ein Prozent zu reduzieren. Der Regierungsrat und die KEVU beantragten, den dazugehörigen Bericht abzuschreiben. Der Bund will sein bestehendes Förderprogramm in Zukunft weiter ausbauen, das reicht. Kantonale Massnahmen würden lediglich einen administrativen Mehraufwand und ärgerliche Doppelspurigkeiten bedeuten. Regierungsrat **Markus Kägi** (SVP, Niederglatt) stellte als kantonale Massnahmen drei Förderprogramme vor, mit welchen die Energieeffizienz bei der Aussenbeleuchtung, bei der Warmwasseraufbereitung und bei Wärmepumpen mit Fördergeldern vom Kanton belohnt wird.

Energieeffizienz auch bei Haushaltgeräten verlangte ein weiterer Vorstoss. Dazu sollen die MuKEN, (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) weiterentwickelt werden. Die Mehrheit der Kommission möchte einen Ergänzungsbericht des RR zum Postulat. Darin soll der RR innert zwölf Monaten aufzeigen, wann die MuKEn umzusetzen sind. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) beantragt auf den unnötigen Ergänzungsbericht zu verzichten. **Orlando Wyss** (SVP, Dübendorf) doppelte nach und erläuterte, dass der Bund die Aufgabe habe, die Geräte zu deklarieren. Die Regierung machte geltend, dass der Kanton diese Aufgabe nicht auch noch machen müsse. Leider obsiegten im Rat mit 87 zu 81 Stimmen jene, welche einen Zusatzbericht verlangen.

Studie über das Potenzial von Trinkwasserkraftwerken

Mit dem Postulat wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um das Potenzial für Trinkwasserkraftwerke im Kanton abzuklären. Gemäss **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) bestehen 13 mögliche Standorte, die meisten sind so unattraktiv, dass sogar mit Unterstützung kaum kostendeckend Strom produziert werden kann. Das Postulat wird abgeschrieben.

Emissionsarme Mobilfunkzonen

Es war von Anfang an klar, dass nicht der Kanton, sondern der Bund für eine allfällige Einschränkung von Mobilfunkanlagen zuständig ist. Zu Bedenken ist: Der Grossteil der Strahlungen wird beim persönlichen Einsatz und Gebrauch des Handys ausgestrahlt. Jedem ist es überlassen, sich entsprechend zu verhalten. Vor allem bei schwachen Signalen und wenn das Handy einen neuen Sender sucht, steigt die Strahlenmenge. **Christian Lucek** (SVP, Dänikon) wies darauf hin, wie sich die Vorlage im Laufe der Behandlungszeit geändert habe, die Linken zielen auf die ideellen Nachteile der Mobilfunkantenne. Die Gemeinden sollen auch künftig für die Bewilligung von Antennen zuständig sein. Das freiwillige Dialogmodell hat sich bewährt, Anbieter und Gemeinden sollen gleichwertig an Entscheiden beteiligt sein, neue Regulierungen bringen lediglich einen Mehraufwand im Bewilligungsablauf. Mit 127 zu 34 Stimmen wurde das Postulat abgeschrieben.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

☺ … im Zusammenhang mit einem Postulat für die Enteignung von Gewässerräumen vom Regierungsrat einen Zusatzbericht gefordert. Dies auf Antrag der SVP.

😐 … ein Postulat, welches die Netzbetreiber mittels Leistungsauftrag verpflichten wollte, ein Programm zur wettbewerblichen Ausschreibung von Stromeffizienzmassnahmen zu betreiben, als erledigt abgeschrieben.

☹ … beschlossen, vom Regierungsrat einen Zusatzbericht im Zusammenhang mit den vom Bund festgesetzten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn) zu verlangen.

😐 … ein Postulat als erledigt abgeschrieben, welches vom Regierungsrat eine weitere Revitalisierungsetappe der Töss im Linsental gefordert hatte.

😐 … die Abschreibung eines Postulats vorgenommen, welches die Strombetreiber verpflichten wollte, bis 2030 mindestens fünf Prozent ihrer Liefermenge aus erneuerbaren Energien bereitzustellen.

😐 … einen Vorstoss als erledigt abgeschrieben, welcher vom Regierungsrat gefordert hatte, eine Studie über die Potenziale der Trinkwasserkraftwerke im Kanton Zürich in Auftrag zu geben.

😐 … ein Postulat als erledigt abgeschrieben, welches vom Regierungsrat eine Anpassung des Energiegesetzes mit der in Neubauten nur noch Digitalzähler für die Erfassung des Stromverbrauchs eingebaut werden sollten, gefordert hatte.

☺ … eine Behördeninitiative des Stadtzürcher Gemeinderats klar abgelehnt, welche für die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton, den Mobilfunkbetreibern und den Gemeinden bei der Bestimmung von Standorten für Handyantennen ein Modell gefordert hatte.

3. November 2014

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Keine Enteignung von Gewässerräumen

Hanspeter Haug
Kantonsrat SVP
Weiningen

Am vergangenen Montag behandelte der Kantonsrat das dringliche Postulat «Keine Gewässerräume werden enteignet».

Darin forderten die Postulanten den Regierungsrat auf, im Zusammenhang mit dem Gewässerschutzgesetz aufzuzeigen, inwieweit die Regierung bereit sei, den gesetzlichen Spielraum betreffend Gewässerraumausscheidung auszunützen, sowie auf die Ausscheidung eingedolter Bäche und auf die Enteignung von Gewässerräumen zu verzichten.

Während bei der Ausscheidung von Gewässerräumen im Siedlungsgebiet von der Regierung eine flexible Handhabung in Aussicht gestellt wurde, indem die Breite dieser Flächen den baulichen Gegebenheiten angepasst werden können, legte sich der Regierungsrat bei der Frage der Flexibilität im Landwirtschaftsgebiet nicht fest. Doch gerade hier herrscht ein grosser Handlungsbedarf, zumal verschiedene Verordnungen ungenügend aufeinander abgestimmt sind.

Unsicherheit besteht bei den eingedolten Gewässern, deren Verlauf bei einer Wiederöffnung zu erheblichen Bewirtschaftungserschwernissen führen würde.

In diesem Zusammenhang wurden über Nacht Drainagen zu öffentlichen Gewässern. Wir vertreten strikt die Haltung, dass hier keine Gewässerräume ausgeschieden werden dürfen.

Bei den Fruchtfolgeflächen sind wir klar der Meinung, dass die Inanspruchnahme von Landwirtschaftsland zu Gunsten von Gewässern ganz klar zu einer Verminderung der Fruchtfolgeflächen führen wird. Bei der Definition der FFF gehen die Meinungen von Bund, Landwirtschaft und den zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat weit auseinander und es sind in den entsprechenden Räten Vorstösse hängig.

Die Frage der materiellen Enteignung ist nach unserer Ansicht nicht abschliessend aufgezeigt. Die Aussagen der Regierung sind widersprüchlich und lassen einen breiten Interpretationsspielraum offen.

Nach intensiven Diskussionen in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) bei denen wir immer wieder auf die unterschiedlichen Aussagen der einzelnen Verordnungen hinwiesen und die Regierung nicht bereit war, im Landwirtschaftsgebiet den gesetzlichen Spielraum zu Gunsten einer minimalen Raumausscheidung auszunutzen, verlangten wir einen Ergänzungsbericht. Dieser Bericht soll die neuesten Erkenntnisse und Entwicklungen zu diesem Thema auf Bundesebene aufzeigen und muss innerhalb von sechs Monaten erstellt werden.

Während wir in der Kommission mit unserem Anliegen in der Minderheit blieben, ist es umso erfreulicher, dass wir in der Ratsdebatte mit unserem Minderheitsantrag eine Mehrheit fanden.

In der Schlussabstimmung stimmten die bürgerlichen Parteien und alle bäuerlichen Kantonsräte, mit Ausnahme des EVP-Vertreters aus dem Zürcher Berggebiet, der Forderung nach einem Zusatzbericht zu.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Rückführung in die Gemeindekompetenz

Das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) soll mit einer Parlamentarischen Initiative geändert werden.

Margrit Haller (SVP, Kilchberg) und **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) fordern deshalb:

2. Abschnitt Organisation
A. Kindes- und Erwachsenenschutzkreise
§ 2
Abs. 1 (unverändert)
Abs. 2
Die Gemeindevorsteherschaften stellen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Sie entscheiden, ob sie die Behörden alleine oder zusammen mit andern Gemeinden (Kreise) bilden.
Sie berücksichtigen dabei
a. die mutmassliche Anzahl Fälle in den betreffenden Gemeinden,
b. wenn möglich, die Mindestpensen der Mitglieder der KESB gemäss § 5
c. die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und fachlich bestmögliche Aufgabenerfüllung durch die KESB
Abs. 3 (unverändert)

Begründung

Das Ziel dieser PI ist, den immer weiter steigenden Kosten im Sozialwesen mit gezielten Massnahmen entgegen zu wirken, indem nach dem «wer zahlt, befiehlt-Prinzip» die Gemeinden wieder in eigener Regie die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden stellen können. Seit der Einführung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) am 1. Januar 2013 stören sich die ehemaligen Vormundschaftsbehörden (Gemeinderäte und Gemeindeverwaltungen) daran, dass sie zu reinen Auskunftsstellen und Rechnungsempfängern degradiert wurden. Die Gemeindevorsteherschaften sind somit über die Massnahmen der KESB vollumfänglich orientiert, dabei ist der Datenschutz gewährleistet. Durch die kurzen Informationswege können Gesuche schneller behandelt und durch den damit verbundenen kleineren administrativen Aufwand Kosten eingespart werden. Somit entsteht eine «Win-win-Situation» für die Klientin und den Klienten, wie für die Gemeinde.

INSERAT

FONDUEPLAUSCH DER SVP USTER

Wo Nationalräte referierten und der Stadtpräsident Fondue servierte

Am Samstag, 1. November 2014, lud die SVP Uster zum traditionellen Fondueplausch mit vorgängiger Parteiversammlung. Der Anlass ist weit über die Grenzen von Uster beliebt, dies zeigte sich auch dieses Jahr. Neben etlichen Behördenvertretern aus dem ganzen Kanton Zürich waren mit Thomas Matter und Christoph Mörgeli gleich zwei Nationalräte im Ustermer Forsthaus Mühleholz zu Gast.

SVP Uster. Um 11.00 Uhr sollte Christoph Mörgeli hinsichtlich der Volksabstimmung vom 30. November 2014 die eidgenössischen Vorlagen vorstellen. Der Nationalrat tat mehr als das und bot den rund 80 Zuhörern ein vielseitiges politisches Resümee der aktuellen politischen Lage in der Schweiz. Mörgeli wies auf die tragenden Staatssäulen – Föderalismus, Direkte Demokratie, Neutralität und Unabhängigkeit – hin, welche in Gefahr seien. «Die SVP ist die einzige Partei, welche diese noch stützt», so Mörgeli.

Sechs Mal Nein

Christoph Mörgeli vertrat die Nein-Parole bei allen eidgenössischen Vorlagen – und die Ustermer Parteibasis folgte ihm: Die SVP Uster beschloss nach angeregter Diskussion, die Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung, die Goldinitiative sowie die Ecopop-Initiative abzulehnen. Deutlich abgelehnt werden auch die kantonalen Vorlagen zur Klassengrösse, Hardbrücke-Tram und Bahnhof Stadelhofen. Am meisten zu reden gab die Ecopop-Initiative, welche in den Augen der SVP Uster zu starr ist. Die Partei ist sich einig, dass die Masseneinwanderungsinitiative die bessere Lösung ist. Einige Gäste verliehen in diesem Zusammenhang ihrem Frust über den bundesrätlichen Trend, Volksentscheide nicht mehr umzusetzen, lautstark Ausdruck. «Ein denkwürdiger Zustand für die Demokratie», meinte auch Mörgeli. Zur Erinnerung: Die Masseneinwanderungsinitiative und die Ausschaffungsinitiative sind Jahre nach deren Annahme noch immer nicht umgesetzt.

Mitte-Parteien vertreten das Volk nicht

Ein weiterer Höhepunkt des Anlasses war das Referat von Nationalrat Thomas Matter. «Das erste Mal in der Geschichte haben wir in Bern eine Mitte-links-Regierung sowie ein Mitte-links-Parlament», begann Matter seine Rede. «Mein Eindruck jedoch ist, dass das Volk mehrheitlich bürgerlich, also rechts, wählt. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Mitte-Parteien die Anliegen ihrer Wählerschaft nicht vertreten.» Eine Evaluation habe gezeigt, so Matter weiter, dass CVP, GLP, BDP und EVP in dieser Nationalrat-Legislatur bei bis zu 70 Prozent der Abstimmungen mit der SP stimmten. Matter zweifelt daran, dass sich die Wähler der Mitteparteien dessen bewusst seien. «Das Volk denkt anders als das Parlament – dies bestätigt die hohe Anzahl an Initiativen, welche in den letzten Jahren eingereicht wurden.» Die Wahlen 2015 würden Gelegenheit zur Korrektur bieten. «Es geht um eine bürgerliche Mehrheit; dafür fehlen uns etwa zehn Sitze», macht Matter klar.

Stadtpräsident Werner Egli im vollen Einsatz. Die Gäste schätzten sein Engagement sehr.

Gemütliche Fondue-Atmosphäre im Forsthaus.

Stadtpräsident Werner Egli im Service

Nebst viel Politik standen natürlich auch Gesellschaft, Gemütlichkeit und Fondue im Zentrum. «Wir wurden richtiggehend überrannt», sagt die Parteipräsidentin Anita Borer. «Noch nie habe ich an einem Fondueplausch so viele Leute gesehen.» Gegen Mittag war der Andrang auf das Fondue so gross, dass das Forsthaus, welches rund 100 Personen Platz bietet, aus allen Nähten zu platzen schien. Noch bis in die späten Abendstunden gingen Familien und Freunde ein und aus und genossen ein feines Fondue im Schosse der SVP Uster. Die Ustermer Musiker der «Millione-Bächler» sorgten für beste musikalische Unterhaltung.

Übrigens: Stadtpräsident Werner Egli stand über drei Stunden im Service im Einsatz.

Die Gäste freuten sich sichtlich, vom «Stapi» persönlich bedient zu werden.

BERICHT ÜBER DIE ARBEITSTAGUNG

«Schützt unsere Altersvorsorge»

Für die Arbeitstagung «Schützt unsere Altersvorsorge» war am Samstag, 1. November 2014, der Saal des Restaurants Wallberg in Volketswil bis auf den letzten Platz gefüllt.

Im Anschluss an die Erläuterungen der Referenten wurde engagiert diskutiert.

ZB. Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP des Kantons Zürich, begrüsste die Anwesenden und dankte für ihr Engagement für dieses anspruchsvolle Thema. Er meinte: «Viele SVP-Vertreter denken, das sei ein Thema, wo eigentlich nur die Linken gewinnen können. Das muss nicht so sein. Es wird uns gelingen, die hochkomplexe Materie auf einfache Grundfragen zurückzuführen und dazu klare Standpunkte festzulegen.»

Die Linke will hinterrücks die Volkspension einführen. Der Schutz der Altersvorsorge ist viel zu wichtig, als dass wir dieses Thema der Verwaltung oder «Bern» überlassen dürfen. Die SVP des Kantons Zürich als Vorreiterin für die ganze Schweiz packt auch dieses heisse Eisen an, wovor sich andere scheuen.

SVP-Haltung zur Altersvorsorge 2020

Nationalrat Jürg Stahl, Mitglied der Kommission soziale Sicherheit und Gesundheit, präsentierte den Vernehmlassungsstandpunkt der SVP. Die zentralen Elemente bilden hierbei die Ablehnung des überladenen Megapaketes und die Forderung nach Sicherung des heutigen Rentenniveaus ohne Steuer- und Prämienerhöhungen. Zudem verlangt die SVP klar, dass sich der Bund nicht aus der Finanzierung der AHV zurückziehen darf.

Die Herausforderungen der Pensionskassen

Hans Peter Konrad, Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbands, führte das konzentrierte Publikum in die Zusammenhänge der Ersten Säule (AHV), der Zweiten Säule (Pensionskasse) und der Dritten Säule (privates Sparen) ein. Er wies nach, dass die 2. Säule leistungsfähig bleibt, wenn ihre Stärken als kollektive Vorsorge genutzt werden. Das Versicherten-Vertrauen muss durch transparente Strukturen und Prozesse gefördert werden. Zentral ist auch, dass der Handlungsspielraum und die Motivation der Sozialpartner erhalten bleiben.

Altersvorsorge 2020 konkret

Dr. Olivier Deprez, Experte für berufliche Vorsorge, Aktuar, erläuterte den SVP-Mitgliedern gefährliche Details der Altersvorsorge 2020 anhand konkreter Beispiele. So steht zum Beispiel die Senkung der Beitrittsschwelle im Widerspruch zum erklärten Ziel der Megareform, die Finanzierung der Zweiten Säule sicherzustellen. Solch unerwünschte Ausbauten belasten unser bewährtes Drei-Säulen-Modell. Zudem sind die Vorschläge zur Übergangsgeneration unklar und nicht praktikabel. Die geplanten Zahlungen einzelner «guter» Kassen an den Sicherheitsfonds zugunsten «schlechter» Kassen sind zudem klar verfassungswidrig. Es gilt, das Kapitaldeckungsverfahren der Zweiten Säule zu schützen.

Altersvorsorge 2020 aus Anlagesicht; Gefahren und Forderungen

Roland Kriemler, Vorstandsmitglied Konferenz der Geschäftsführer von Anlagestiftungen KGAST, zeigte im Bereich der Geldanlagen die Regulierungsflut des Gesetzgebers auf. Seit Juni 1985 ist z.B. die Verordnung zur Beruflichen Vorsorge bereits dreissigmal geändert worden. Eine Regulierungswelle folgt der anderen.

Zudem ist nicht nur zu viel Regulierung das Problem, sondern auch unklare Regulierung.

Zentrale Forderungen und konkrete Massnahmen

Der Projektverantwortliche, Markus Binder, Präsident SVP Urdorf, zeigte den wohlkoordinierten Angriff der Linken auf unser Drei-Säulen-Modell auf. Die Erste Säule wird nicht nur durch die Monsterreform Berset, sondern zusätzlich seit Juli 2013 mit der «AHV Plus»-Initiative der Gewerkschaften SGB bedroht. Die Zweite Säule soll gemäss Reform massiv ausgebaut werden. Im Oktober 2014 hat – einmal mehr – der Gewerkschaftsbund eine durch die gleichgeschalteten Medien breit abgestützte Kampagne «AHV statt Privatsparen» lanciert, ein Frontalangriff auf die Dritte Säule. Das Ziel der Linken ist klar: Sie wollen unser Drei-Säulen-Modell zerstören und die Volkspension einführen. 1972 hat das Volk diese kommunistische Vorlage mit 82 Prozent abgelehnt.

Die Anwesenden zeigten sich von den Erläuterungen der Referenten und den engagiert geführten Diskussionen beeindruckt. Es wird nun darum gehen, die komplexe Materie auf die wichtigsten Punkte zu reduzieren und für Laien verständlich darzustellen. Für den Wähler und Stimmbürger müssen die wesentlichen Elemente klar dargelegt werden. Nur so können wir der Gefahr der Monsterreform entgegentreten.

Spontan haben sich mehrere Anwesende bereiterklärt, diese Arbeiten anzupacken. Noch diesen Monat erfolgt eine erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe, für Frühling 2015 ist eine weitere Publikumstagung mit der Präsentation konkreter Forderungen und Lösungsansätze geplant. Wir sind es unseren Kindern und Grosskindern schuldig, das Drei-Säulen-Modell als Garant des Sozialen Friedens in der Schweiz zu bewahren. Nur die SVP stellt sich dieser Aufgabe, wir packen sie tatkräftig an.

Die Tagung wurde mit einem Zitat von Benjamin Franklin geschlossen:

«Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.»

SVP-Mitglieder, die sich für eine Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe interessieren, melden sich bei: sekretariat@svp-zuerich.ch

Die kompletten Foliensätze aller sechs Präsentationen können heruntergeladen werden: www.svp-zuerich.ch

PARTEIVERSAMMLUNG DER SVP WÄDENSWIL

SVP für eine gesunde Entwicklung von Wädenswil

An ihrer Parteiversammlung hat die SVP Wädenswil die Parolen für die kommende Abstimmung vom 30. November 2014 gefasst und Stellung zum umstrittenen Golfprojekt in der Beichlen genommen.

SVP Wädenswil. Die SVP Wädenswil sagt dreimal Nein zu den eidgenössischen Vorlagen, nämlich der Volksinitiative «Schluss mit Steuerprivilegien für Millionäre», der Ecopop-Initiative und der Gold-Initiative. Alle drei Vorlagen würden die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz schwächen. Auch den drei kantonalen Vorlagen, der Tramverbindung Hardbrücke, der Klassengrösse-Initiative bzw. dem Gegenvorschlag sowie der Volksinitiative Stadelhofen wurde klar eine Abfuhr erteilt. Mit diesen Parolen folgt die SVP Wädenswil den Abstimmungsempfehlungen der Zürcher Kantonalpartei. Viel zu diskutieren gaben die kommunalen Vorlagen. Stadtrat Heini Hauser zeigte sich überzeugt, dass die Bewilligung des Kredites für den Kauf des Baugrundstücks im Rütihof zur Entwicklung des Gewerbes und damit der Stadt Wädenswil beitragen könne. Der Kauf des Areals und dessen Weiterverkauf an das lokale Gewerbe würden Arbeitsplätze sichern und dem Gewerbe die notwendige Entwicklungsmöglichkeit bieten. Hauser wies insbesondere darauf hin, dass es sinnvoll sei, die heute bestehenden gewerblich genutzten Areale im Zentrum von Wädenswil und insbesondere die attraktiven Lagen am See als Wohnraum zu nutzen und das Gewerbe eher an der Peripherie anzusiedeln. Ebenfalls befürwortet hat die Versammlung die Initiative «Günstiger Wohnraum für Familien». Gemeinderätin Charlotte Baer wies darauf hin, dass der gesunde Mittelstand ein Hauptanliegen der SVP sei und aufgrund der ständig steigenden Mietkosten im Wirtschaftsraum Zürich bezahlbare Familienwohnungen auch in Wädenswil rar geworden seien.

Knapper Ausgang zum Golfplatz

Zum Golfplatz Beichlen hat die SVP vorgängig bei sämtlichen Mitgliedern erstmals eine briefliche Umfrage durchgeführt. Die Rücklaufquote von 43 Prozent war erfreulich. Für das Golfprojekt stimmten 47,6 Prozent der SVP-ler und 52,4 Prozent votierten dagegen. Aufgrund des knappen Ausganges hat der Vorstand beschlossen, diese Zahlen zu veröffentlichen, verzichtet aber ausdrücklich darauf, eine Parole herauszugeben. Gemeinderat Erich Schärer, welcher auch die Versammlung leitete, betonte die Wichtigkeit der basisdemokratischen Willensbildung gerade bei einer Frage, hinsichtlich welcher jeder Bürger seine eigene Meinung hat und es nicht um parteipolitische Themen geht.

Im Weiteren wurden Elsbeth Vogel, Fredy Haab und Martin Lampert als Behördenmitglieder verabschiedet und es wurde ihnen für ihr langjähriges Engagement gedankt.

VOM WERT UND DER BEDEUTUNG DER SELBSTBESTIMMUNG

Was heisst eigentlich Souveränität?

Wir sollten internationale Bindungen jeweils mit einer ganz einfachen Frage prüfen: Können wir noch selbst bestimmen oder bestimmen andere über uns?

Ueli Maurer
Bundesrat SVP
Wernetshausen (ZH)

Ich warne Sie vor einem Trick – vor einem simplen, aber wirkungsvollen Trick. Sie wissen ja, wie ein Weinpanscher vorgeht. Er mischt den teuren Wein mit einem billigen Fusel. Die Etikette bleibt die gleiche. Aber der Inhalt ist ausgedünnt, wertlos und ungesund. Es gibt nicht nur Weinpanscher, es gibt auch Begriffspanscher. Das geht dann so: Man nimmt einen unserer zentralen Werte, der uns Schweizern viel bedeutet. Und dann beginnt man, diesen zu verwässern und abzuändern oder sogar ins Gegenteil zu verdrehen.

Zum Beispiel die Souveränität. Da wird ein neuer Megatrend ausgerufen, es heisst: Absolute Souveränität gebe es gar nicht. Oder auch, man müsse die Souveränität neu definieren. Und immer wieder sogar die Behauptung: Wenn wir hier und dort auf Souveränität verzichten, dann würden wir damit insgesamt unsere Souveränität stärken. Also je mehr man gibt, desto mehr hat man – ein solches Wunder hat es seit der Speisung der Fünftausend wohl nicht mehr gegeben …

Wer in dieser absurden Logik zu Ende denkt, der käme unweigerlich zum Schluss: Es gäbe keine bessere Rechtsstellung als die eines Bevormundeten. Und niemand wäre so frei wie ein Sklave. Das ist natürlich Unsinn, auch wenn er bisweilen sogar von Professoren verbreitet wird.

Die Bedeutung der Souveränität

Gehen wir der Sache auf den Grund: Was heisst eigentlich Souveränität? Souveränität heisst ganz einfach Unabhängigkeit vom Einfluss anderer Staaten. So steht es im Duden. Wir können auch sagen, Souveränität heisst Selbstbestimmung im Gegensatz zu Fremdbestimmung. Dank der Souveränität können wir Bürgerinnen und Bürger selbst über unser Schicksal entscheiden. Wir geben uns die Regeln, nach denen wir leben wollen. Wir haben eine föderalistische, direktdemokratische und rechtsstaatliche Ordnung gewählt.

Damit bekommt die Souveränität unseres Landes noch einen besonderen, zusätzlichen Wert: Es geht nicht allein um die aussenpolitische Unabhängigkeit, sondern auch um unsere Freiheit im Innern. Freiheitliche Ordnung, direkte Demokratie und Souveränität gehören in der Schweiz zusammen. Damit sind wir gut gefahren. Der Vergleich mit andern Ländern bestätigt das. In den letzten Jahren ist der Unterschied durch die Schulden- und Euro-Krise sogar noch deutlicher geworden.

Wir stellen also fest: Einerseits zeigt sich uns gerade heute wieder, wie wichtig unsere Souveränität ist. Andererseits beobachten wir, was ich als Begriffspanscherei bezeichnet habe, also eine zunehmende Verwässerung der Souveränität.

Der Wert der Souveränität

Diese Verwässerung der Souveränität geht auf zwei grundlegende Missverständnisse zurück: Zuerst ist da die Vorstellung, man würde eine höhere Stufe der menschlichen Entwicklung erreichen, wenn wir unsere staatliche Souveränität und unser Landesrecht zugunsten von neuen, internationalen und höheren Instanzen relativieren. Dazu kommt der Glaube, es handle sich um einen unumkehrbaren Zivilisationsprozess, und Kritiker würden schlicht die Zeichen der Zeit verkennen.

Beide Behauptungen gehen an der Realität vorbei. Erstens ist die geschwächte Souveränität nicht ein Gewinn, sondern sie ist eine Gefahr für Fortschritt und internationale Stabilität. Zweitens handelt es sich nicht um eine natürliche Entwicklung, sondern um einen machtpolitischen Zwang – und man hat gute Gründe, diesen zu hinterfragen. Ich möchte auf diese beiden Aspekte genauer eingehen:

1. Staatliche Souveränität ist ein Friedenskonzept

Wer die staatliche Souveränität einschränkt, der gefährdet ein Friedenskonzept, das sich in den letzten dreieinhalb Jahrhunderten insgesamt sehr gut bewährt hat. Die Souveränität, so wie wir sie heute kennen, geht auf das 17. Jahrhundert zurück. Sie ist eine Folge des Dreissigjährigen Krieges. Mit dem Westfälischen Frieden wurde 1648 ein Krieg beendet, der damals eine ganze Generation lang wütete und grosse Teile Mitteleuropas zerstörte.

Aus dieser furchtbaren Erfahrung heraus ist das Prinzip der Souveränität entstanden: Über den Staaten soll es keine höheren Instanzen geben, die sich in deren inneren Angelegenheiten einmischen. Und auch die verschiedenen Staaten sind untereinander gleichberechtigt. Keiner ist dem andern übergeordnet. Der Staat hat seine eigene Ordnung und beschliesst seine eigenen Gesetze, die er innerhalb seiner Grenzen anwendet und durchsetzt. Wenn souveräne Staaten miteinander verhandeln und Verträge abschliessen, begegnen sie sich also auf Augenhöhe.

Damals war das eine fundamentale Neuerung: Denn zuvor, während des ganzen Mittalters und zu Beginn der frühen Neuzeit, gab es keine klar definierten Staatskörper. So war auch die Schweiz bis zum Frieden von Westfalen 1648 formell noch Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und der Kaiser sah sich als ihr Oberhaupt. Die Souveränität der Staaten brachte eine wichtige Klärung der politischen Verhältnisse, und die Möglichkeiten für Eingriffe und Einmischungen wurden reduziert. Das hat Europa Stabilität gegeben sowie Fortschritt und Wohlstand gebracht.

Umgekehrt hat es fast immer zu Krisen, Spannungen oder noch Schlimmerem geführt, wenn das Souveränitätsprinzip missachtet wurde; dann, wenn grosse, mächtige Staaten versucht haben, Einfluss auf andere zu nehmen. Es ist darum kein Zufall, dass das Prinzip der staatlichen Souveränität nach Katastrophen wie den beiden Weltkriegen jeweils wieder erneut bekräftigt wurde. Denn die gegenseitig beachtete Souveränität schliesst genau solche machtpolitischen Verirrungen aus.

Seit einigen Jahren wird nun die Souveränität wieder grundsätzlich in Frage gestellt: Internationale Organisationen erlassen immer häufiger Vorschriften, die weit in die innerstaatliche Ordnung eingreifen. Denken wir nur an das Steuerrecht oder an den Schutz der Privatsphäre. Auch wir haben unsere Gesetze auf äussern Druck hin geändert. Institutionen ohne demokratische Legitimation erhalten mehr und mehr Kompetenzen. So wie beispielsweise der Internationale Währungsfonds oder die Europäische Zentralbank. Über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg bestimmen sie in vielen Staaten mittlerweile die Wirtschaftspolitik.

Offenbar akzeptieren mächtige Staaten wie die USA die Souveränität anderer Länder nicht mehr. Sie erklären eigene Gesetze für weltweit gültig – und setzen diese auch hier bei uns durch, wie zum Beispiel FATCA.

Die EU reduziert seit Jahren Schritt für Schritt die Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten. Und sie will offensichtlich auch die Schweiz immer stärker in ihren Machtbereich einbinden: Wir verhandeln jetzt über eine «institutionelle Lösung». Das könnte dazu führen, dass wir die Gesetzgebung der EU fortlaufend übernehmen und uns ihren Richtern unterstellen müssten. Das wäre dann das Ende unserer Souveränität.

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen macht mir all das grosse Sorgen. Wird die staatliche Souveränität relativiert und eingeschränkt, so ist das kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt: Wir kehren zurück zu Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnissen. Damit wachsen auch Spannungen, Frustrationen und Ressentiments. Ich halte die gegenwärtige Entwicklung deshalb für verantwortungslos und sehr gefährlich.

2. Der Wunsch nach Selbstbestimmung bleibt lebendig

Ich widerspreche auch der zweiten Behauptung, dass es einen natürlichen Trend zu einem globalen Zusammenwachsen der Staaten gibt.

Es gab und gibt immer wieder machtpolitische Zwänge, die in diese Richtung wirken. Aber das Bedürfnis der Völker, Länder oder sogar von Regionen nach Selbstbestimmung ist ungebrochen. Das zeigt sich immer dann, wenn der Zwang wegfällt. Sehen wir uns nur das letzte Vierteljahrhundert an: Sobald sie Gelegenheit hatten, entledigten sich die Länder Mittel- und Osteuropas ihrer militärischen und wirtschaftlichen Bindungen: Warschauer Pakt und Comecon wurden beide 1991 aufgelöst.

Der Vielvölkerstaat Sowjetunion brach auseinander, die Tschechoslowakei und Jugoslawien lösten sich auf. Wir sehen in Westeuropa historische Minderheiten, die mehr Selbstbestimmung fordern. Vom Baskenland über Korsika bis Südtirol. Oder denken Sie an den Jura, der mit der Volksabstimmung von 1978 zum eigenen Kanton wurde. Wir sehen die Forderung nach mehr Selbstbestimmung von Regionen, die als Wirtschaftsmotor das ganze Land vorwärtsbringen. Zum Beispiel Katalonien oder Norditalien. Sie wehren sich dagegen, dass ihr Wohlstand von einem Zentralstaat abgeschöpft wird.

Wir verfolgen die Debatte über Selbstbestimmung in Grossbritannien: Die Schotten haben sich in einer Volksabstimmung nicht für die Unabhängigkeit entschieden, weil man ihnen vorher weitgehende Autonomierechte zugestanden hat. Und Grossbritannien fordert mehr Selbstbestimmung innerhalb der EU; Premierminister Cameron musste seinen Bürgern sogar eine Abstimmung über den Austritt für 2017 versprechen.

Letzten Montag las ich auf der Frontseite der NZZ den Titel: «Britische Pläne für Einwanderungsquoten». Da staunt man. Oder man staunt eben gerade nicht: Denn der Wunsch nach Souveränität, nach Selbstbestimmung, ist und bleibt lebendig. Nicht nur bei uns in der Schweiz. Die Leute wollen doch überall nach ihrem eigenen Recht leben, nach einem Recht, das ihren Bedürfnissen entspricht und ihre realen Probleme löst.

Rothenthurm als Denkanstoss

In diesem Zusammenhang ein Schlussgedanke – Geschichte inspiriert: Hier in Rothenthurm haben die Schwyzer unter Alois Reding am 2. Mai 1798 ihre Souveränität gegen die Franzosen verteidigt. Das Gefecht haben sie gewonnen. Trotzdem konnte die französische Übermacht das Land besetzen.

Für einige Jahre war die Schweiz ein fremdbestimmter Satellitenstaat. Schon damals übrigens wurden die wahren Absichten mit falschen Begriffen vernebelt: Die Eroberer hatten behauptet, sie brächten Freiheit. Stattdessen haben sie das Land geplündert.

Später konnte sich die Schweiz aus ihrer Bevormundung befreien und ihr Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen. Wahrscheinlich gehört es zu den dauernden Aufgaben aller Bürgerinnen und Bürger unseres kleinen Landes, dass wir uns immer wieder der Einflussnahme durch grosse Staaten oder mächtige Institutionen entgegenstellen müssen. Und dass wir versuchen, unsere Souveränität wieder zu erlangen, wo wir diese aufgegeben haben.

Beginnen Sie damit, indem Sie die Begriffspanscherei durchschauen. Das ist nicht schwierig, es braucht nur etwas gesunden Menschenverstand. Prüfen Sie internationale Bindungen jeweils mit einer ganz einfachen Frage: Können wir noch selbst bestimmen oder bestimmen andere über uns?

Referat, gehalten an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 25. November 2014 in Rothenthurm (SZ).

INSERAT

«Die Initaitive setzt unsere bewährte Geldpolitik aufs Spiel – das schadet dem wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz.»

www.goldinitiative-nein.ch

Regine Sauter, Direktorin Zürcher Handelskammer
Thomas Isler, Präsident VZA/VZAI
Hans-Ulrich Bigler, Dir. Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Felix Gutzwiller, Ständerat FDP
Christian Bretscher, Geschäftsführer Zürcher Bankenverband
Ursula Gut, Regierungsrätin FDP
Thomas Heiniger, Regierungsrat FDP

Abstimmung 30. November 2014

Zürcher Komitee «Gold-Initiative Nein», Postfach, 8026 Zürich

FDP Die Liberalen · CVP · EVP Evangelische Volkspartei · BDP · glp · SP · GRÜNE · Zürcher Bankenverband · KGV · VZAI · Zürcher Handelskammer Chambre de commerce de Zurich Zurich Chamber of Commerce

Fadegrad

von
Roland Scheck

Explosive Langeweile

Der Stadtrat hat etwas getan, was man nicht einmal dem naivsten Gutmenschen zutrauen würde. Er weibelte in Bern und bat darum, dass die Stadt Zürich ein Bundesasylzentrum erhält. Das BFM liess sich nicht zweimal bitten und so startete anfangs 2014 der Testbetrieb auf dem Juch-Areal in Zürich-Altstetten. Die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wurde mit der Unterbringung der Asylsuchenden beauftragt und gewährleistet gemäss Leistungsvereinbarung, dass die Asylsuchenden ihre Termine bei den Behörden und der Rechtsvertretung sowie Arzt- und Spitaltermine wahrnehmen.

Mit dem Betrieb des Bundesasylzentrums sicherte sich der Mischkonzern AOZ einen langfristigen Grossauftrag. Im Wissen um den Weltverbesserungsdrang des rot-grünen Stadtrats wittert die Asylindustrie aber noch mehr Marktpotential.

Den Weg dazu versucht die selbsternannte Menschenrechtsorganisation «augenauf» zu ebnen. Sie prangert das Zentrum Juch öffentlich an und spricht von einem «wahren Dichtestress» während 24 Stunden am Tag, den die Bewohner in der Unterkunft erdulden müssten. Laut «augenauf» käme es zu Konflikten zwischen den Männern, besonders während der Essenszeiten. Auch von sexuellen Belästigungen durch alleinstehende Männer ist die Rede. Alles Dinge, die in der Bevölkerung kaum jemanden mehr überraschen. Keine Überraschung ist auch, dass die Organisation «augenauf» die Schuld für die Vorfälle nicht bei den Tätern, sondern bei uns Gastgebern sucht. Insbesondere seien die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Asylsuchenden ungenügend, was zu einer «explosiven Langeweile» führe.

Dichtestress wird der Schweizer Bevölkerung zugemutet, für Asylsuchende geht das hingegen gar nicht. Aber Augen auf, schauen wir bei den Vorwürfen von «augenauf» etwas genauer hin. Die gerügten ungenügenden Beschäftigungsmöglichkeiten, welche angeblich zu einer «explosiven Langeweile» führen sollen, sehen im Zentrum Juch wie folgt aus: Fitnessraum (mit Zeitfenstern nur für Frauen), Basketballkorb und Fussballtore, Benützung einer nahegelegenen Turnhalle, Benützung eines Sportplatzes, Internet-Raum mit Computern (täglich dreizehn Stunden geöffnet, vormittags nur für Frauen), sechs Aufenthaltsräume mit international bekannten Spielen, Aufenthaltsraum mit Billard und Tischfussball, Fernsehraum mit grossem Bildschirm, separater Aufenthaltsbereich nur für Frauen und Kinder, Andachtsraum, soziokulturelle Angebote des Gemeinschaftszentrums Grünau und der Kirchgemeinde Zürich-Altstetten.

Alles gratis notabene. Vom Steuerzahler brav bezahlt. Vielleicht sollten wir uns bei den an Leib und Leben gefährdeten Asylsuchenden entschuldigen, dass wir ihnen eine derartige Langeweile aufbürden. Das wiederum wäre aber nicht im Sinne der Asylindustrie. Diese will mehr Aufträge.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rot-grüne Verkehrs-Zwänger: von Mausefallen zu Fangeisen

Im Zürcher Stadtparlament feiert die rot-grüne Bevormundungspolitik wieder Urständ: alles scheint gut, was gegen die Autos geht und wer den öffentlichen Verkehr benutzt, gerät nur zu leicht auch unschuldig in die Mausefalle der Kontrollen; und für die Automobilisten hat man dafür Fangeisen ausgelegt. Eine kleine Welt der grünen Zwänger – derweil geschieht das Wesentliche in der Welt draussen.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich 12

Eigentlich fliegen uns genau ein Vierteljahrhundert nach dem Berliner Mauerfall einige Teile der Welt um die Ohren: In Europa führt die Naivität der EU gegenüber den Russen dazu, dass diese in der Ukraine unter dem Teppich einen verdeckten Krieg führen können; weiter in der Ferne treiben islamistische Brutalos und Sektierer dank westlicher Unentschlossenheit ihr Unwesen und können auch hierzulande eine Gefahr werden. Doch in Zürich gehen die rot-grünen Autodachabschneider munter ans Werk.

Autofeindlichkeit im Schafspelz

So war es eine Sitzung zum Heulen – kurz und ärgerlich als Bühne der Autofeinde. Das fing an mit einem Postulat der Grünliberalen, die zur Verbesserung der Sicherheit auf den Trottoirs eine Aufwertung der Velobahn veranlassen wollen. Da steht natürlich die Behinderung der Autofahrer durch ausufernde Velostreifen im Hintergrund des Ansinnens, das auch dem Rowdytum der Velofahrer (der Schreibende wurde schon viermal vor der Haustüre auf dem Trottoir angefahren) keine Abhilfe schaffen kann. Natürlich fand der Unfug in diesem Rat eine Mehrheit.

Ähnlich ging es mit einem Postulat der Grünen, das die ersatzlose Streichung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz fordert. Natürlich widerspricht dies allen Vereinbarungen betreffend den Erhalt der Parkplätze. Schon auf dem Münsterhof werden die Parkplätze verschwinden; doch das hat nur neue grüne Befindlichkeiten geweckt, die in ganz unökologischer Art in Masslosigkeit ausarten – das ist offenbar grün genug, wenn es nur gegen das Auto geht. So wurde auch dieser Vorstoss überwiesen – hätte jemand Vernunft erwartet, wenn auch die Grünliberalen im giftgrünen Sumpf waten.

Das passt ganz in den Rahmen, wenn man die Benutzer des ÖV drangsaliert und die Autofahrer verprügelt – da gäbe es auch einiges auszumisten. Wer die Mobilität liebt, muss sich in Acht nehmen: Es werden Fangeisen und Mausefallen ausgelegt; je mehr der Privatverkehr mit Fangeisen drangsaliert wird, desto unerbittlicher können die Mausefallen im öffentlichen Verkehr ausgelegt werden.

Von den Mausefallen …

Wer also glaubt, mit der Benutzung von Bus und Tram in der Stadt Zürich ein ökologisches Zeichen zu setzen, sieht sich – wenn es das Pech will – mit der Peitsche jener konfrontiert, sie sich «Kundenberater» nennen und gelegentlich mit dem Kastenwagen «Troubleshooter» (oder «Troublemaker»?) im Stile eines Rollkommandos über die Kunden herfallen. Klar doch, dass man den notorischen Schwarzfahrern das Handwerk legen soll. Bloss werden nur zu oft auch Korrekte und Unschuldige das Opfer der Erschleicher einer Leistung.

Nur zu oft kann es vorkommen, dass man das unpersönliche Abo (wie Tages- und Regenbogenkarte) irrtümlich nicht bei sich hat, weil man es liegen liess oder die Jacke, wo es drin steckt, gewechselt und – wir werden ja oft zu Eile genötigt – nicht mehr an die Karte gedacht hat. Und schon schnappt die Mausefalle zu: Undifferenziert wird der Korrekte wie ein Betrüger gewissermassen kriminalisiert, muss einen dreistelligen Betrag zahlen und kommt für zwei Jahre auf die «Schwarze Liste». Natürlich heisst es dann, dass man gerechterweise alle ohne Fahrausweis gleich behandelt muss. Bloss ist eine Gleichbehandlung dann ungerecht, wenn Ungleiches der «Verfehlung» zugrunde liegt: und da liegen eben zwischen der Absicht und dem Irrtum ganze Welten.

Mit etwas Menschenkenntnis und psychologischer Reife könnten die Kundenberater eben solche sein; im Zweifelsfalle lieber jemanden zu viel laufen lassen. Denn auch das Persönliche Abo mit Foto ist keine Lösung: Da bezahlt man auch, wenn man in den Ferien ist und es gar nicht braucht.

… zu den Fangeisen

Eine solche Drangsalierung ist möglich, weil der Individualverkehr je länger desto mehr mit Fangeisen gewildert wird: Immer mehr «Selbstschussanlagen» wachen darüber, dass man ja nicht ein paar wenige Kilometer zu schnell rollt oder noch – an Stelle einer riskanten Vollbremsung – bei Dunkel-gelb über die Kreuzung fährt; immer mehr Kreuzungen sind mit solchen den Autofahrer bedrohenden Kanonen bewaffnet. Und den Rest gibt man den Autofahrern mit dem Ansinnen, die Parkgebühren in vielen Teilen der Stadt auch in der Nacht und an Feiertagen auf das Niveau überteuerter Parkhäuser anzuheben.

Wo leben wir eigentlich? In Zürich oder im einer Nostalgiekommune des Ostblockes?

LESERBRIEF

Ecopop-Initiative: Nein oder doch Ja?

Eigentlich ist es sonnenklar, dass ich die Ecopop-Initiative ablehne. Ich will doch nicht fremdenfeindlich sein (Bundesrätin Sommaruga im Tages-Anzeiger) ich will auch kein Verbrecher sein (Bundesrat Berset vor seinen Delegierten). Ich bin auch nicht dafür, dass 10 Prozent der Entwicklungsgelder für Familienplanung einzusetzen sind. Ein solches «Geschenk» in Entwicklungsländer kommt wohl kaum gut an und der Grund für hohe Geburtenraten liegt in den betroffenen Ländern doch eher in kulturellen Verhaltensmustern oder in wirtschaftlicher Not begründet. Kurz: Ich möchte keiner Initiative zustimmen, die für unser Land gefährlich ist und am Ziel vorbeischiesst.

Und trotzdem kommen Zweifel auf, ob ich nicht besser Ja stimme. Der Bundesrat tut doch so, als wäre alles in bester Ordnung. Wo stehen wir zum Beispiel derzeit mit der Umsetzung der beschlossenen Zuwanderungsbeschränkung? Ich stelle fest, dass sie nicht energisch genug angegangen wird. Fast täglich werden neue Ideen herumgeboten, so, als wäre das seinerzeitige Abstimmungsresultat lediglich eine «Modelliermasse». Und die zuständige Bundesrätin Sommaruga reist wieder durch unser Land mit einem Satz im Koffer: «Die Ecopop-Initiative löst kein einziges Problem und ist fremdenfeindlich.»

In der Zwischenzeit muss der Bürger erleben, wie unser Land immer mehr auf den Weg in die Mittelmässigkeit geführt wird. Die Schweiz schrumpft geradezu, identitätsmässig, kulturell und finanziell. Schauen wir uns doch die eigene Gemeinde und die rund um uns herum an. Viele haben nur noch die Wahl zwischen Steuererhöhung oder höherer Verschuldung. Wesentliche Mehrausgaben stehen in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung: Sozial- und Integrationskosten, Kosten für Justiz- und Sicherheit, Spital und Bildung. Und die Tatsache, dass wir in vielen Bereichen Ausänder brauchen, um Ausländer zu «bedienen», belastet unser Land gleich doppelt.

Viele Schweizer haben einfach Angst. Angst, dass sie wegen dem exorbitanten Zustrom die Stelle verlieren oder aus der Wohnung geworfen werden und keine günstige mehr finden, oder auch davor, dass sie sich im eigenen Land fremd fühlen. Für viele dieser Mitbewohner sind die düsteren Szenarien – die von Politikern verbreitet werden, falls die Ecopop-Initiative angenommen wird – schon längst eingetroffen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Städtische Abstimmungs-Parole

vom 30. November 2014

Verordnung über die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) — **NEIN**

Nein zu Klassengrösseninitiative und Gegenvorschlag

ZB. Die Klassengrösseninitiative verlangt, dass eine Klasse auf allen Volksschulstufen nicht mehr als 20 Schüler enthalten darf. Alle Klassen im Kanton Zürich, die mehr als 20 Schüler aufweisen, müssten demnach verkleinert werden. Der Gegenvorschlag geht etwas weniger weit. Er gibt keine konkrete Klassengrösse vor, sondern möchte den kantonalen «Reserve-Pool» von zurzeit 160 Lehrerstellen um 100 auf 260 aufstocken.

Die Klassengrösseninitiative ist starr und erschwert den Schulalltag. Wird die Höchstzahl von 20 Schülern pro Klasse überschritten, müssten einzelne Schüler in andere Schulhäuser umgeteilt oder Klassen aufgeteilt werden. Es kann so sein, dass Klassen bei Neuzuteilungen nach einem Jahr wieder auseinandergerissen werden müssten. Auch eine Versetzung in andere Schulhäuser kann bei kleineren Gemeinden die Folge sein. Für die Schulen bedeutet das einen erheblichen Mehraufwand und auch für die betroffenen Schüler und Schulklassen ist es unbefriedigend.

Die finanziellen Folgen sind enorm. Gemäss aktuellen Schülerzahlen müssten ungefähr 800 neue Klassen gebildet und 1350 Lehrpersonen zusätzlich ausgebildet werden. In Anbetracht der Lehrer- und Raumknappheit ist die Initiative, insbesondere für die Gemeinden, kaum zu bewältigen. Es entstünden – den Raumbedarf nicht eingerechnet – Mehrkosten von mindesten 120 Millionen Franken, wovon die Gemeinden 80 Prozent und der Kanton 20 Prozent tragen müssten.

Der Gegenvorschlag fordert ebenfalls Ressourcen, ohne eine Entlastung darzustellen. Die Aufstockung des kantonalen Pools um 100 Stellen bringt Mehrkosten von etwa 15 Millionen Franken mit sich. Damit kann keine Klasse tatsächlich entlastet oder verkleinert werden. Die Massnahme kostet also auch nur mehr, ohne zielführend zu sein.

Darum ein doppeltes Nein, sowohl zur Initiative wie auch zum Gegenvorschlag!

NEIN zum teuren und unnötigen Hardbrücke-Tram!

Am 30. November 2014 stimmt der Kanton Zürich über das Hardbrücke-Tram ab. Es geht um CHF 130 Mio. für 700 m Tramschienen! Und das in einer Zeit, wo Kanton und Stadt in Schulden versinken.

Zu teuer
130 Millionen Franken für 700 Meter Tram, das entspricht CHF 185 714 pro Meter. Das ist zu viel für ein kaum durchdachtes Projekt!

Zu gefährlich
Die geplante Linienführung wird zu einer Gefahrensituation wie bei der Glatttalbahn führen. Zahlreiche Unfälle und Personenschäden sind absehbar.

Völlig unnötig
Die Hardbrücke wird bereits von drei Buslinien bedient. Wenn das nicht ausreicht, kann hier günstiger und effektiver Abhilfe geschaffen werden.

Zürich-West wird abgeschnitten
Die ÖV-Angebote für die Quartiere Altstetten, Grünau, Höngg und Aussersihl-Hard werden verschlechtert oder ganz von wichtigen Dienstleistungszentren abgeschnitten.

Deshalb am 30. November 2014:

Hardbrücke-Tram NEIN

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Mit einer Spende auf PC 80-21911-2 unterstützen Sie die Verteilung dieses Flyers. Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Ruhaberg Fläsch da wo die Sonne scheint
Schmuckstück der Bündner Herrschaft
NEUBAU - exklusiv!
2.5 bis 7 Zimmer ab CHF 595'000.-
www.ruhaberg.ch

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Aktuelles aus Bundesbern

mit

Natalie Rickli

im Leue z'Langnau
17. November 2014, 19.30 Uhr

19.30 Uhr
Türöffnung mit Apéro

20.15 Uhr
Begrüssung Urs Waser, SVP Kantonsratskandidat

Anschliessend
Referat von **Nationalrätin Natalie Rickli**
mit Fragerunde

SVP Langnau

www.svplangnau.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

1 Knetmaschine mit Unterwagen für ca. 4 kg Mehl. Tel. 044 817 01 73.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Öffentliche Veranstaltung:

Martinitagung

Samstag 8. November 10.30 Uhr

10.30 Uhr **Öffentlicher Apéro mit Ueli Maurer –** Betriebsgelände Künzli AG, Gossau
11.00 Uhr Begrüssung durch Daniel Wäfler, Gossau
11.20 Uhr Besichtigung und Einweihung der neuen Werkhalle Moser Holzbau durch Ueli Maurer
12.00 Uhr Mittagessen – Jodlerchörli Echo vom Hornet
13.20 Uhr Grusswort Martin Suter, Präsident SVP Bezirk Hinwil
13.30 Uhr **Ansprache von Bundesrat Ueli Maurer – Gedanken zum Martinitag**

Bundesrat Ueli Maurer

Zufahrt und Parkplätze sind signalisiert –
Industriestrasse 2, 8625 Gossau
Festwirtschaft 11.00–16.00 Uhr

SVP Bezirk Hinwil
www.svp-oberland.ch

SVP
Bezirk Winterthur

Raclette-Essen

Samstag, 15. November 2014 ab 19.00 Uhr (Apéro)
im Schützenhaus Pfungen
(Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite)

Unser beliebtes und schon zur Tradition gewordenes Raclette-Essen findet auch in diesem Jahr im Schützenhaus Pfungen statt.

Markus Heiniger aus Neftenbach wird uns wieder mit einem exzellenten Raclette verwöhnen, und das legendäre Dessertbüfett darf ebenfalls nicht fehlen. Ehrengast Nationalrat Max Binder.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kosten: **CHF 30.00 (Getränke nicht inbegriffen) inkl. Apéro und Dessertbüfett**
Anmeldeschluss: **8. November 2014**

✂----------

Anmeldung Raclette-Essen, Samstag, 15. November 2014

Name, Vorname: .....

Adresse: ..... Anzahl Personen: .....

Anmeldung an: Cornélia Amacker, Ebnistrasse 2, 8413 Neftenbach, Tel. 052 315 23 02
E-Mail: cornelia.amacker@bluewin.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 10. November 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 24. November 2014, 20.00 Uhr, im Schützenhaus Hausen am Albis, Parteiversammlung und Chlaushöck.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 15. November 2014, ab 18.00 Uhr, Mehrzweckraum, Hinterdorfstrasse 9, Boppelsen, Traditioneller Raclette-Abend. Herzlich willkommen sind alle, welche in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette geniessen möchten.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 8. November 2014, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 25. Politstamm. Als Referent nimmt Bezirksgewerbeverbandspräsident und Kantonsrat Jürg Sulser teil. Thema: «Chancen und Gefahren für das Gewerbe aus Sicht der Politik».

Bezirk Dietikon / Aesch
Donnerstag, 20. November 2014, 20.15 Uhr, Restaurant Landhus, Aesch, Stamm. Themen: Klausurergebnisse Gemeinderat zu Zukunft unserer Gemeinde, 5-Jahres-Finanzplan, Informationen zum Stand Erweiterungsbau Primarschule, Schulgemeinde und Migration und Wachstum. Leitung: Bruno Thode, Präsident SVP Aesch. Es informiert Petra Mörgeli, Präsidentin Primarschule (SVP) und Diego Bonato, Gemeinderat (SVP).

Bezirk Hinwil
Samstag, 8. November 2014, ab 10.30 Uhr, Betriebsgelände Künzli AG, Gossau, Martinitagung, öffentliche Veranstaltung. 10.30 Uhr: Öffentlicher Apéro mit Bundesrat Ueli Maurer, 11.00 Uhr: Begrüssung durch Daniel Wäfler, Gossau. 11.20 Uhr: Besichtigung und Einweihung der neuen Werkhalle Moser Holzbau durch Bundesrat Ueli Maurer, 12.00 Uhr: Mittagessen – Jodlerchörli Echo vom Hornet, 13.20 Uhr: Grusswort Martin Suter, Präsident SVP Bezirk Hinwil, 13.30 Uhr: Ansprache von Bundesrat Ueli Maurer – Gedanken zum Martinitag. Zufahrt und Parkplätze sind signalisiert – Industriestrasse 2, 8625 Gossau, Festwirtschaft 11.00 bis 16.00 Uhr.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Montag, 17. November 2014, ab 19.30 Uhr, Landgasthof Löwen, Albisstrasse 32, Langnau am Albis, Aktuelles aus Bundesbern, öffentlicher Anlass. 19.30 Uhr: Türöffnung und Apéro, 20.15 Uhr: Begrüssung Urs Waser, SVP Kantonsratskandidat, 20.15–21.15 Uhr: Referat von Nationalrätin Natalie Rickli mit anschliessender Fragerunde. Themen: Nein zur Billag-Mediensteuer: Ja zum Referendum, Nein zu Ecopop: Ja zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, es braucht mehr SVP.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Dienstag, 11. November 2014, 18.30 Uhr, Restaurant Frohe Aussicht, Oberrieden, Traditioneller Novemberanlass. Nationalrat Gregor Rutz referiert über aktuelle Themen, anschliessend Diskussion. Vor und nach dem Referat wird uns der Lyra-Chor aus St. Petersburg unterhalten. Abgerundet wird das Programm mit einem Apéro mit feinen Häppchen. Anmeldungen an hotz.peter@bluewin.ch oder 044 720 06 50.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Dienstag, 2. Dezember 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Bahnhof, Bauma, Parteiversammlung und Chlaushock.

Bezirk Winterthur
Samstag, 15. November 2014, Apéro ab 19.00 Uhr, im Schützenhaus Pfungen, Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite, Raclette-Essen, Dessertbuffet. Kosten: Fr. 30.00 (Getränke nicht inbegriffen) inkl. Apéro und Dessertbuffet. Anmeldung bis 8. November 2014 an Cornélia Amacker, Ebnisstrasse 2, 8413 Neftenbach, Tel. 052 315 23 02, cornelia.amacker@bluewin.ch

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 14. November 2014, 19.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr) Saal, Restaurant Hirschen, Schwamendingerplatz, Zürich, 40. offene Generalversammlung der Kreispartei 12. Es wird ein kleiner Imbiss serviert. Der Vorstand der Kreispartei 12 freut sich auf zahlreiches Erscheinen.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Freitag, 28. November 2014, ab 19.15 Uhr, Restaurant zum grünen Glas, Obere Zäune 15, Zürich, Adventsessen. 18.00 Uhr: Führung im Museum «Zunftstadt Zürich», Obere Zäune 19, Zürich. Anmeldung bis zum 23. November unter info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch. Unterlagen und Menuauswahl werden dann zugeschickt.

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 26. November 2014, 19.15–21.30 Uhr, Hotel Olten, beim Bahnhof, Olten, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, Tel. 079 341 54 57.

Donnerstag, 4. Dezember 2014, 19.15–21.30 Uhr, Hotel Blumenstein, beim Bahnhof, Frauenfeld, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, Tel. 079 341 54 57.

Mittwoch, 21. Januar 2015, 19.15–21.30 Uhr, Stiftung Glockenhof, Zürich, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, Tel. 079 341 54 57.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 2014
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Geht an:

- Kandidaten, Sektionspräsidenten, Vorstandsmitglieder, interessierte Mitglieder

Wahlkampftagung

Samstag, 15. November 2014
Parkhotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil

Das wichtige Wahljahr 2015 steht bevor. An einer Tagung stellt die SVP ihre Wahlkampfthermen vor.

Programm

09.00 Uhr	Begrüssung und Einleitung	Martin Suter Präsident der Wahlkommission
09.10 Uhr	Strassenwahlkampf – der entscheidende Faktor!	Parteisekretär
09.35 Uhr	Die Arbeit der SVP im Zürcher Kantonsrat – Rückblick und Ausblick	Jürg Trachsel, Fraktionspräsident
10.00 Uhr	Pause	
10.20 Uhr	Für Stabilität und Sicherheit – darum braucht es mehr SVP im Kanton Zürich	NR Alfred Heer, Parteipräsident
10.40 Uhr	Die Themen des Wahlkampfs 2015	NR Christoph Mörgeli
11.00 Uhr	Fragen und Diskussion	
11.45 Uhr	So gewinnen wir die Wahlen!	NR Alfred Heer
12.00 Uhr	Ende der Veranstaltung	

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Wahlkampftagung vom 15. November 2014

☐ Ich melde mich für die Arbeitstagung an.
☐ Wir melden uns für die Arbeitstagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Telefon: ..... E-Mail: .....

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch